

**BEZIRKSTAGS-  
WAHLPROGRAMM  
OBERBAYERN  
2013**



1. Auflage 2013, München

herausgegeben von der  
**Bezirksverband Oberbayern der Piratenpartei Deutschland**  
Schopenhauerstr. 71  
80807 München

**V.i.S.d.P.: Klaus Toll**

[www.piratenpartei-oberbayern.de](http://www.piratenpartei-oberbayern.de)

*Satz und Layout Christophe Chan Hin/Vorlage von Fred Bordfeld  
gesetzt in Politics Head Bold und DejaRip*

lizenziert unter Creative Commons BY-SA 3.0

# INHALT

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>Der Bezirkstag</b>	<b>5</b>
<b>Allgemeines</b>	<b>7</b>
Grundverständnis .....	7
Bezirksreform .....	7
Finanzierung .....	8
<b>Demokratie und Transparenz</b>	<b>9</b>
Hauptamtlichkeit des Bezirkspräsidenten .....	9
Bürgerbegehren/Bürgerentscheid .....	9
Transparenz der Entscheidungen .....	10
Leichte Sprache .....	10
Wahlrecht für EU-Bürger .....	10
Inklusion .....	10
Unsere Forderungen .....	11
Commons: Vorfahrt für Kooperation, Selbstorganisation und Gemeinsinn .....	12
Online Petitionen auf Kommunalebene .....	13
<b>Gesundheit und Soziales</b>	<b>15</b>
Psychiatrie allgemein .....	15
Kinder- und Jugendpsychiatrie .....	15
Gerontopsychiatrie .....	15
Krisenintervention .....	16
Forensik .....	16
Heimaufsicht .....	16
Pflege .....	16
Hospize .....	17
Menschen mit Behinderungen .....	17
Einsatz barrierefreier IT-Technologie in der Bezirksregierung .....	18
Integrative Wohnformen .....	19
Überörtliche Sozialhilfe .....	19
Suchtarbeit und Drogenpolitik .....	19
Kliniken .....	20
Selbsthilfeförderung .....	20
<b>Bildung und Jugend</b>	<b>21</b>
Bildungspolitik .....	21
Jugendarbeit .....	21
<b>Kultur</b>	<b>23</b>
Kulturförderung .....	23
Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege .....	23

Heimat- und Brauchtumspflege.....	24
Museumsdörfer .....	24
Öffnung des Volksmusikarchives für Oberbayern .....	24
Stärkere Bürgerbeteiligung Galerie Bezirk Oberbayern.....	25
<b>Umwelt</b>	<b>27</b>
Natur- und Landschaftspflege .....	27
<b>Wirtschaft und Finanzen</b>	<b>28</b>
Verkehrspolitik.....	28
Zuständigkeit für Gewässer zweiter Ordnung .....	28
Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung.....	28
<b>Wahlkreisliste</b>	<b>29</b>

# EINLEITUNG

Die Piratenpartei hat ihren Weg aus dem Internet in die Gesellschaft gefunden. Waren die PIRATEN am Anfang noch eine bunte Mischung aus jungen Netzaktivisten, sind sie heute eine Partei, die sich aus Menschen aller Gruppen und Altersklassen der Gesellschaft zusammensetzt. Auch unsere Themenpalette hat sich erweitert. Rings um unsere Kernthemen Freiheit, Demokratie, Datenschutz, Privatsphäre und Transparenz haben sich viele andere Programmpunkte gebildet.

Unsere Themen wurden mit konkreten Forderungen untermauert, was uns nun in die Lage versetzt, auch auf kommunaler Ebene politische Lösungen und Verbesserungen anzubieten. Wir sind hier, um neue Ideen und mehr Bürgernähe in die Politik zu bringen. Dabei beraten wir uns mit Experten und lernen gerne dazu. Unsere Gesellschaft wird sich ändern, ob wir das wollen oder nicht. Die Fragen des 21. Jahrhunderts brauchen aber auch Antworten, die aus diesem Jahrhundert stammen und eben diese wollen wir geben. Wir formulieren sie für die Menschen und mit den Menschen, um eine neue Zeit zu gestalten.

München, im April 2013

Der Vorstand  
PIRATEN Oberbayern



# DER BEZIRKSTAG

## **Wer kennt den Bezirk, wer weiß, was der Bezirkstag ist?**

Einmal ganz ehrlich, wer weiß, was eigentlich der Bezirkstag ist und welche Aufgaben der Bezirk hat? Oft wird der Bezirkstag als Sozialparlament bezeichnet. Bezirkstag und Bezirksverwaltung errichten und unterstützen öffentliche Einrichtungen für das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wohl „ALLER“ Bürgerinnen und Bürger, die in Oberbayern leben. Viele Aufgaben, welche die finanziellen Möglichkeiten von Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten überschreiten werden häufig übernommen. Über die Bezirksumlage tragen Landkreise und kreisfreie Städte knapp die Hälfte des Etats von 1,4 Milliarden Euro. Der andere Teil kommt aus Zuschüssen des Freistaates, Pflegesatzertägern der Bezirkskliniken, Einnahmen der Bezirkseinrichtungen u.a.

Mit 1,3 Milliarden Euro dominiert der Sozialetat. Dieser umfasst die soziale Hilfe von alten und pflegebedürftigen Menschen, für Menschen mit Behinderung, Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten, Kriegsopferfürsorge. Ein weiterer Schwerpunkt im sozialen Bereich ist die Gesundheit. Der Bezirk betreibt und unterstützt psychiatrische Krankenhäuser, ist im Rahmen der Hilfe für Pflege zuständig, für pflegebedürftige Menschen die in einem Pflegeheim oder Hospiz wohnen, übernimmt oft die Behindertenhilfe-, psychiatrische- und Suchthilfe- Koordination u.v.m. Der Bezirk muss dauerhaft für die Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung dieses sozialen Netzes zu sorgen.

Der Bezirk Oberbayern bildet aus – als Träger beruflicher Bildungseinrichtungen leitet der Bezirk Oberbayern Krankenpflege- und Krankenpflegehilfesschulen, ein Agrarbildungszentrum, das Berufsbildungswerk München und eine Fachschule für Schreiner und Holzbildhauer. Förderschulen des Bezirks ermöglichen sehbehinderten und blinden, schwerhörigen und gehörlosen sowie körperbehinderten Schülern die erforderliche Schul- und Berufsausbildung.

Museen, Kultur & Bildungszentren, Galerien, das europäische Künstlerhaus „Schafhof“, die Förderung des Bezirksjugendrings Oberbayern und der Jugendbildungsstätten, die Durchführung und Beteiligung an Kinder- und Jugendprojekten, Fachberatung Heimatpflege, Freilicht-Museen, das Volksmusikarchiv und die Fachberatung Trachten-Informationszentrum gehören zu den Aufgaben des Bezirkes.

Das Thema Umwelt ist der letzte große Bereich des Bezirkes. Hier erlässt der Bezirk Rechtsverordnungen, übernimmt beim betrieblichen Umweltschutz Verantwortung, berät und fördert Angler und Berufsfischer, bietet die Fachberatung und ist Anlaufstelle für die oberbayrische Imkerschaft.

Trotz dieser sehr umfangreichen Aufgabengebiete ist der Bezirkstag kaum präsent. Im Bezirkstag würden wir uns mit für eine stärkere Verzahnung des Bezirks, der Bezirksregierung und den betroffenen Einrichtungen und Gruppen einsetzen, für transparente Entscheidungsfindungen, Bürgerbeteiligung, soziale und gerechte Verteilung unserer Steuergelder.

Klaus Toll, Direktkandidat Bezirkstagswahl 2013  
Bezirk Oberbayern, Neuburg-Schrobenhausen (Stimmkreis 124)



# ALLGEMEINES

## Grundverständnis

Die Bezirkstage sind in der Öffentlichkeit kaum präsent. Das ist einerseits unangemessen, denn sie haben als dritte kommunale Ebene Mitverantwortung oder gar Alleinverantwortung für wichtige Aufgaben: Sozial- und Kulturpolitik, die die Finanzkraft oder das Weisungsgebiet der Städte oder Landkreise weit übersteigt, die psychiatrische Versorgung und die Unterstützung von Menschen mit Behinderung – Politikfelder, die in anderen Bundesländern von Verwaltungsorganen und/oder von Zweckverbänden bearbeitet werden. Andererseits ist es verständlich, denn das Themenfeld wie auch das damit verbundene, oft zeitintensive Ehrenamt lassen nur wenig Raum für presseintensive parteipolitische Profilierung. So arbeiten die Bezirkstage und ihre Mitglieder oft über Parteigrenzen hinweg fleißig im Verborgenen, wenngleich auch hier die tradierten Mehrheitsverhältnisse an vielen Stellen die allzu oft intransparente Entscheidungsfindung verkrustet haben. Die Piratenpartei Oberbayern begrüßt ausdrücklich, dass diese Aufgaben durch ein eigenes, demokratisch legitimes Gremium bearbeitet werden.

Für sie ist der Bezirkstag nicht nur Teil der bayerischen Identität und der föderalen Tradition, sondern kann darüber hinaus den Kern von überregionaler Bürgernähe und transparenter Repräsentation darstellen – insbesondere vor dem Hintergrund des von ihnen unabhängigen und nur dem Willen der Landesregierung unterworfenen Verwaltungsapparates der Regierungsbezirke. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Bezirkstage zu stärken.

## Bezirksreform

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich für eine grundlegende Bezirksreform ein. Dabei steht am Anfang einer solchen Reform eine fundierte Aufgabenkritik aller beteiligten Stellen der mittleren Verwaltungsaufgaben in den regionalen Behörden und Organen in Bayern: Bezirkstage, Bezirksregierungen nebst Präsidenten und Planungsregionen. Doppelstrukturen und parallel agierende Verwaltungen haben schon lange in immer größerem Ausmaß zu enormen Reibungsverlusten und Verschwendung von Steuermitteln, aber auch zu Intransparenz und mangelnden Kontrollmöglichkeiten und nicht zuletzt zu Defiziten der demokratischen Legitimation geführt. Dies ist umso kritischer, als regional koordinierte Planung immer öfter nur im Verbund bewältigt werden kann.

Deshalb strebt die Piratenpartei Oberbayern eine Verzahnung der Aufgaben der Bezirksregierung und des Bezirks analog der Aufteilung von Kreistag und staatlichem Landratsamt an. Der Bezirk und seine Selbstverwaltung, an deren Spitze ein gewählter hauptamtlicher Bezirkstagspräsident stehen soll, würden die Aufgaben erhalten, die bisher von Planungs- und Zweckverbänden, insbesondere den Rettungszweckverbänden, wahrgenommen werden sowie die Leistungsaufgaben der Bezirksregierungen.

Ihre Kontrolle unterläge, im Rahmen der staatlichen Rechtsaufsicht, dem Bezirkstag. Zudem sollen die Bezirke befähigt werden, auch Landesaufgaben zu übernehmen, die auf Bezirksebene effektiver wahrgenommen werden können oder diese – dem Subsidiaritätsprinzip folgend - an die Landkreise und kreisfreien Städten weiterreichen.

Wir schlagen vor, die neu geschaffene staatliche Bezirksverwaltung – und damit die Fachaufsicht des Staates – auf die Erledigung staatlicher Hoheitsaufgaben zu beschränken. Ein von der Landesregierung ernannter Regierungspräsident wäre für diese regionale Verwaltungsbehörde dann überflüssig.

### **Finanzierung**

Bisher finanzieren sich die Bezirke vor allem aus der Bezirksumlage, welche die Landkreise und kreisfreien Städte an den Bezirk abgeben. Die Piratenpartei Oberbayern macht sich dafür stark, dass diese Umlagefinanzierung des Bezirks mittelfristig durch direkte Zuweisungen von Steueranteilen – wo möglich, mit eigenen Hebesatzrechten – ersetzt wird. Es muss der Grundsatz gelten, dass jede Gebietskörperschaft ihre eigenen Finanzquellen und damit ihre eigene Finanzverantwortung besitzt. Damit einher geht die Verpflichtung, die Finanz- und Haushaltspolitik vor dem Rechnungsprüfungsamt des Bezirks, das die Rolle des Rechnungshofes übernehmen soll, und natürlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu rechtfertigen.

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich außerdem dafür ein, auch auf Bezirksebene die Kameralistik zügig auf die transparentere doppelte Buchführung umzustellen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Bewertungskriterien Bayern weit einheitlich entwickelt, festgelegt und überprüft werden.

# DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

## **Hauptamtlichkeit des Bezirkspräsidenten**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht im Amt des Bezirkstagspräsidenten eine Führungsaufgabe, die weit über das von einem kommunalen Ehrenamt üblicherweise abgedeckte Maß hinausgeht. Für Bürger, die im Berufsleben stehen, ist es unmöglich, es angemessen zu bekleiden, weswegen es unbedingt auf Hauptamtlichkeit umzustellen ist.

Eine solche Hauptamtlichkeit bedarf der zusätzlichen politischen Legitimation. Nach Ansicht der Piratenpartei Oberbayern sollte es daher wie andere kommunale Spitzenämter in einer direkten Wahl besetzt werden. Dies gilt umso mehr, als die von der Piratenpartei Oberbayern geforderten weiteren Reformschritte dieses Amt noch zusätzlich stärken würden.

## **Bürgerbegehren/Bürgerentscheid**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Bezirksebene zu ermöglichen und durch folgende Änderungen zu verbessern, zu vereinheitlichen sowie dadurch zu stärken:

Es sollen grundsätzlich Bürgerbegehren zum Haushalt zugelassen und den Bürgern alle nötigen Information über den Haushalt bereitgestellt werden, um eine tragbare Entscheidung treffen zu können. Weiterhin soll zugelassen werden, mehrere Bürgerbegehren zum gleichen Thema durch eine einzelne Unterschrift zu unterstützen, um einen Bürgerentscheid zwischen konkurrierenden Positionen leichter herbei führen zu können. Bei einem erfolgreichen Begehren soll dessen Vertretern Rederecht bei der Behandlung im jeweiligen Gremium eingeräumt werden. Analog zum Landtag sollen auch der Bezirkstag, Kreistag und Gemeinderat durch Bürgerbegehren aufgelöst werden können.

Die Zustimmungsquoren bei Bürgerentscheiden sollen abgeschafft werden und im Gegenzug die Quoren für Bürgerbegehren auf bis zu 10% erhöht werden. Damit soll der Empfehlung der Venedig-Kommission des Europarats Folge geleistet werden und Ablehnung durch Boykott verhindert werden. Statt einer Stichfrage bei konkurrierenden Anträgen soll Wahl durch Zustimmung oder Kumulieren zum Einsatz kommen, damit der Antrag mit der höchsten Gesamtzustimmung gewinnt. Bei jeder Abstimmung soll es die Möglichkeit zur expliziten Enthaltung geben.

Um die Beteiligung zu erhöhen und Kosten zu sparen, sollen Bürgerentscheide soweit wie möglich mit Wahlen und anderen Abstimmungen auf einen Tag zusammengelegt

werden und diese Termine möglichst periodisch gelegt werden. Alle Bürgerbegehren und -entscheide sollen offiziell erfasst und veröffentlicht werden.

### **Transparenz der Entscheidungen**

Die Arbeit des Bezirkstags leidet bis heute unter fehlender Transparenz, die notwendig ist, damit Bürger die getroffenen Entscheidungen verstehen und nachvollziehen können. Die Piratenpartei Oberbayern regt an, Beschlüsse sowie den Haushaltsplan gemäß dem Informationsgesetz fortlaufend und tagesaktuell zu veröffentlichen.

### **Leichte Sprache**

Die Piratenpartei Oberbayern tritt für die Umsetzung der „Leichten Sprache“ bei allen Veröffentlichungen und Antragsformularen des Bezirks ein, um eine Benachteiligung von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu verhindern.

### **Wahlrecht für EU-Bürger**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, dass analog zu anderen Kommunalwahlen bei der Bezirkstagswahl den im Bezirk lebenden EU-Ausländern das Wahlrecht gewährt wird.

### *Ergänzungen*

Das Wahlrecht für EU-Bürger wurde mit dem Vertrag von Maastricht Art. 22 geregelt. Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 Bezirkswahlgesetz (BezWG) i. V. m. Artikel 22 Landeswahlgesetz (LWG) verweisen hinsichtlich des passiven Wahlrechts auf die Regelungen zum aktiven Wahlrecht in Artikel 1 LWG; das schließt EU-Bürger bei den Bezirkswahlen aus.

### **Inklusion**

Die Piratenpartei Oberbayern unterstützt ausdrücklich das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ vom 3. Mai 2008. Dieses schafft keine Sonderrechte, sondern präzisiert und konkretisiert vielmehr den allgemeinen Menschenrechtsschutz für die besonderen Gefährdungen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind. Es geht dabei vor allem um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung ihrer Rechte. Der Freistaat Bayern beabsichtigt künftig ein inklusives Bildungssystem auf den Weg zu bringen, das auf zwei Säulen ruht: der Einzelintegration und der Inklusionsklasse. Dieser Ansatz wird von uns grundsätzlich begrüßt. Wir bemängeln jedoch, dass es bisher dazu noch wenige Handlungsschritte gab und der Ansatz nur halbherzig verfolgt wird.

### *Wissensaufbau und Transparenz*

Wir werden im Bezirk konsequent darauf drängen, bei der Inklusion von Schüler/innen in den Regelschulen aktiv zu werden und auf Veröffentlichung von Informationen über den Stand der Inklusion drängen. Vor allem werden wir die Erstellung eines schlüssigen und sozialpädagogisch fundierten Konzepts fordern. Wir halten es für dringend erforderlich, dass bezüglich der geplanten Inklusionsklassen neben einer zusätzlichen

## **DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ**

pädagogischen Fachkraft auch wissenschaftliche Begleitung und Evaluationen Standard werden. Hierzu ist eine enge Kooperation mit den Hochschulen im Bezirk aufzubauen.

### *Heimatnahe Angebote*

Wir stellen fest, dass nach wie vor für Kinder mit einer Sinnesschädigung (Hör-, Sprach- oder Sehschädigung) in Regelschulen kaum Angebote existieren und sie stattdessen weiterhin in einer Zentralschule unterrichtet werden müssen. Das ist für Kinder aus dem Bezirk Oberbayern mit einer Internatsunterbringung in München-Johanneskirchen verbunden. Wir stellen dieses Konzept infrage. Aus unserer Sicht sollte sich der Bezirk für dezentrale Beschulungsmöglichkeiten einsetzen, da diese eine deutlich bessere Alternative zur Internatsunterbringung von Schüler/innen mit Sinnesbehinderung darstellt.

Nach unserer Auffassung können Schulen mit Förderschulen durchaus sinnvoll sein, weswegen wir nicht für deren Abschaffung plädieren, sondern für einen Umbau in Richtung Förder- und Beratungszentren. Wir werden uns im Bezirk dafür einsetzen, dass Förder- und Regelschulen in ihrer Neuausrichtung unterstützt werden. Uns ist klar, dass dazu teilweise erhebliche Investitionen erforderlich sind. Dazu werden wir Finanzierungskonzepte im Bezirk entwickeln und für eine entsprechende Umsetzung eintreten.

### *Inklusion ist keine Einbahnstraße*

Für uns ist es ebenfalls vorstellbar, dass Schüler/innen ohne Behinderung Förderschulen besuchen können, wenn Eltern dies wünschen. Inklusion ist für uns in beide Richtungen denkbar. Grundsätzlich sollen Schüler/innen eine bestmögliche Förderung im Rahmen ihrer ausbaufähigen Möglichkeiten erfahren. Dabei ist der Wunsch der Eltern entscheidend, welcher von uns als politischer Auftrag verstanden wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Eltern immer Wahlmöglichkeiten bei der Beschulung ihrer Kinder haben.

## **Unsere Forderungen**

1. Jedes Kind hat ein Anrecht auf eine Beschulung in einer Schule vor Ort.
2. Der Elternwunsch hat Vorrang.
3. Die Beratung der Eltern soll ergebnisoffen sein (keine Vorgabe für eine bestimmte Beschulungsform).
4. Die Zahl der Schüler mit einem Förderbedarf muss an Regelschulen erhöht werden.
5. Der Umbau und die Neuausrichtung der vorhandenen Förderschulen muss zügig erfolgen. Dazu muss der Bezirk die Rahmenbedingungen schaffen.
6. Internatsunterbringungen von Schülern mit Behinderung sind zurückzufahren.
7. Die Regelschulen sind zusätzlich mit pädagogischem Fachpersonal auszustatten (Erzieher, Sozialpädagogen, Förderschullehrer).
8. Alle Schulen im Bezirk müssen entsprechend des Bedarfs der Schüler/innen mit Behinderung baulich aus- bzw. umgerüstet werden.
9. Frühförderung von Kindern mit Behinderung muss finanziell langfristig sichergestellt sein.

## Commons: Vorfahrt für Kooperation, Selbstorganisation und Gemeinsinn

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich für das Ausschöpfen aller Möglichkeiten ein, um Menschen dazu zu bewegen, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung zu teilen, Institutionen nachhaltig und erfolgreich zu organisieren als auch vorhandene Institutionen zu überprüfen.

1. In allen kommunalen Gebietskörperschaften sollen die Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Organisationsmodelle (Commons) zur Lösung politischer und gesellschaftlicher Aufgaben in einem fortlaufenden Prozess im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten überprüft, und
2. Institutionen bei Bedarf reformiert oder neu geschaffen werden. Commons als Bildungsaufgabe: Ferner sind Inhalte und Konzepte kooperativer Organisationsmodelle und Institutionen wie etwa Genossenschaften oder Zweckverbänden zum Bestandteil der Lernziele in Bildungseinrichtungen und -projekten zu machen.

### *Commons als Sozialaufgabe*

Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen benötigen öffentliche Plätze und Einrichtungen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Dies können Parks, Spielplätze, Marktplätze, Gemeindezentren, Schwimmbäder, Gemeinschaftsgärten, Obstallmenden oder öffentliche Sportplätze sein. Daher muss im öffentlichen Diskurs laufend Bedarf und Nutzen solcher Plätze und Einrichtungen analysiert werden, um allen Bürgerinnen und Bürgern gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. In Regionen mit demografisch kritischen Prognosen sind innovative Formen des sozialen Miteinanders zu fördern, z.B. Gemeinschaftszentren.

### *Vorrang für Commons*

Bevor gesellschaftliche Aufgabenbereiche privatisiert oder verstaatlicht werden, ist jeweils zu prüfen, ob Kooperation in Selbstverwaltung als dritte Option in Betracht kommt. Bei gleicher oder besserer Eignungsprognose ist der Kooperation in Selbstverwaltung der Vorrang zu geben.

### *Anleitung und Unterstützung für Commons-Projekte*

Auf allen Ebenen wirtschaftspolitischer Entscheidungsstrukturen ist entsprechendes Fachwissen anzusiedeln, um etwaige kooperative Selbstverwaltungsprojekte bei der Institutionenfindung und -umsetzung zu beraten, zu unterstützen und zu fördern sowie bei Bedarf zu moderieren. Beispiele hierfür sind etwa

1. Kooperationen
  - im Rahmen der Nahrungsmittelproduktion
    - Allmende-Projekte in der Landwirtschaft,
    - Urban Gardening,
  - im Rahmen der Energieversorgung (z.B. Bürgerkraftwerke),

## DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

- im Gesundheitswesen wie z.B.
  - medizinische Versorgungszentren, oder
  - alternative Gesundheitsversorgungsmodelle,
- 2. ferner Collaborative Consumption: Gemeinsame Nutzung von Konsumgütern sowie
- 3. regionale Wirtschaftskreisläufe und Kreditallmenden mit regionalen Parallelwährungen und Tauschsystemen (z.B. CHIEMGAUER).
- 4. Transition Towns
- 5. Wohnraumprojekte

### *Freie Software in der Verwaltung*

Wir setzen uns für die schrittweise Umstellung der Verwaltung auf sogenannte freie Software ein, soweit nicht schwerwiegende Gründe dagegen sprechen. Darüber hinaus sollte den einzelnen Behörden Umstellungshilfe gegeben werden, damit diese ihre gesamte Verwaltung auf Open Source umstellen. Ein Vorbild hierfür kann die Landeshauptstadt München mit dem Projekt LiMux sein.

### *Offene Daten*

Die Bürger haben ein Recht auf den Zugriff der durch Steuergelder finanzierten Daten, wie z.B. Verkehrsdaten oder Umweltdaten. Land und Bezirke sollten ein gemeinsames Datenportal initiieren, sodass Bürger schnell, einfach und zentral auf diese Daten zugreifen können. Diese Daten sollten dabei ohne Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren und in offenen Formaten verfügbar sein. Die Weiterverbreitung sowie kommerzielle Nutzung sollen ausdrücklich gestattet werden. Hierzu empfehlen wir die Verwendung einer sogenannten „Creative Commons“-Lizenz.

### *Internationale wissenschaftliche Vernetzung:*

Im Rahmen der Umsetzung der in den vorhergehenden Absätzen genannten Programmpunkte sind jeweils die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Commons-Forschung zugrundezulegen. Anleitende und umsetzende Institutionen sollten hierzu der International Association for the Study of the Commons ( <http://www.iasc-commons.org/>) beitreten und entsprechende organisatorische Zuständigkeiten im Rahmen ihrer Verwaltung schaffen. Staatliche Institutionen haben in ihren Jahresberichten zu Aktivität und Fortschritten auf diesem Gebiet öffentlich Rechenschaft abzulegen.

### **Online Petitionen auf Kommunalebene**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, Online Petitionen für Gemeinden und Landkreise einzuführen. Dabei soll ein transparentes Verfahren für die Behandlung von Online Petitionen definiert und die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Aus Gründen der Sparsamkeit sollten Gemeinden und Landkreise eine gemeinsame technische Plattform für die Verwaltung von Online Petitionen nutzen können (Mandantenfähigkeit). Daher ist die Realisierung und der Betrieb der technischen Plattform für

Online Petitionen in interkommunaler Zusammenarbeit oder durch Beauftragung einer geeigneten überörtlichen Gebietskörperschaft anzustreben. Die Verwendung von freier Software ist bei der technischen Umsetzung vorzuziehen.



# GESUNDHEIT UND SOZIALES

## Psychiatrie allgemein

Die Bezirke haben die Gesamtverantwortung für die immer wichtiger werdende psychiatrische Versorgung in Bayern. Sie sind zuständig für die stationäre und teilstationäre Krankenversorgung sowie die ambulante und stationäre Eingliederungshilfe. Leider ist der Versorgungsauftrag noch keineswegs erfüllt. Deshalb hat der Bezirkstag von Oberbayern bereits ein Konzept beschlossen, das die gemeindenahere psychiatrische Versorgung in den Mittelpunkt stellt. Die Piratenpartei unterstützt dieses Konzept.

Für die Piratenpartei Oberbayern sind psychische Erkrankungen aus politischer Sicht nicht anders zu behandeln wie physische. Wie für alle Erkrankungen gilt, dass der Erkrankte sich zu Recht keineswegs nur über seine Erkrankung zu definieren bereit ist, sondern gemäß seiner individuellen Bedürfnisse selbstbestimmte Entscheidungen anstrebt und auch ungeachtet seiner Erkrankung am öffentlichen Leben teilhaben möchte. Eine Stärkung ambulanter Hilfen wie der Sozialpsychiatrischen Dienste (SPDi) und deren weitere Professionalisierung durch geeignete Fachärzte ist dazu ebenso notwendig wie ein Netz an ambulanten Angeboten: Tageskliniken und Tagesstätten, wohnortnahe Formen der Nachsorge (z.B. in Wohngemeinschaften) als auch Institutionen der Krisenintervention wie beispielsweise der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV).

## Kinder- und Jugendpsychiatrie

Die Piratenpartei Oberbayern sieht vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen im Feld der Kinder und Jugendpsychiatrie noch großen Handlungsbedarf. So fehlen bis heute außerhalb der Ballungsräume tagesklinische und stationäre Plätze sowie Rehabilitationseinrichtungen, was die Betroffenen oft von ihren für die Genesung unabdingbaren Familien trennt. Im ambulanten Bereich könnten durch eine enge Zusammenarbeit der entsprechenden Fachambulanzen der Bezirkskrankenhäuser mit niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiatern, sozialpädiatrischen und sozialpsychiatrischen Diensten, Schulen, Jugendämtern und dem Elternhaus Krankenhausaufenthalte verhindert oder zumindest verkürzt werden.

## Gerontopsychiatrie

Die Piratenpartei Oberbayern fordert den zügigen weiteren Ausbau gerontopsychiatrischer Einrichtungen in den Bezirkskliniken sowie ein engmaschiges Netz an wohnortnahen ambulanten Diensten einschließlich Rehabilitationsmaßnahmen und Hilfen wie begleitete Wohnformen, um insbesondere für die Zunahme an Depressionen und demenzieller Erkrankungen im Alter vorbereitet zu sein. Hierbei sind die Maßnahmen eng

mit den Maßnahmen der Pflegeversorgung und der Krisenintervention abzustimmen. Für psychisch erkrankte Menschen höheren Alters muss der menschenwürdige Erhalt oder die Wiederherstellung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit oberste Maxime sein.

### **Krisenintervention**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht in der Realisierung des Atriumhauses in München mit seiner raschen, fachlichen Unterstützung von psychisch kranken Menschen durch besonders geschulte Teams einen modellhaften Weg zur Bewältigung von psychischen Krisen wie Phobien, Autoaggressionen oder Suizidgedanken, der sowohl polizeiliche Übergriffe als auch dauerhafte Zwangsmaßnahmen in vielen Fällen überflüssig macht. Eine flächendeckende Krisenintervention nach diesem Vorbild ist anzustreben.

### **Forensik**

Die Piratenpartei Oberbayern stellt fest, dass es in der Fürsorge für forensische Patienten in Oberbayern große Mängel gibt. Die Gerichte weisen immer mehr Verurteilte in die Psychiatrie ein, was dazu führte, dass die Abteilungen für strafrechtlich untergebrachte Patienten überbelegt sind. Durch weitere Um- und Neubauten muss in den forensischen Abteilungen der Kliniken des Bezirks ein therapiegerechtes Milieu geschaffen werden. Ergänzt werden sollen diese Maßnahmen durch ambulante und teilstationäre Angebote, die insbesondere den Zeitraum der Führungsaufsicht nach der Entlassung abdecken können. Die Piratenpartei Oberbayern fordert darüber hinaus zu prüfen, inwieweit auch hier eine dezentrale Unterbringung möglich ist. Bei dieser Prüfung sollte vor allem das Verhältnis der Kosten der therapeutischen Maßnahmen zu den Kosten der Sicherheitsvorkehrungen im Vordergrund stehen.

Von diesen Maßnahmen unbenommen bleibt die Verpflichtung der Staatsregierung, dem Bedarf entsprechend Plätze bereitzustellen und zu finanzieren, insbesondere auch in Angliederungen der Justizvollzugsanstalten.

### **Heimaufsicht**

Die Piratenpartei Oberbayern betrachtet die Abschaffung der einheitlichen überregionalen Heimaufsicht als gravierenden Fehler. Es sollten die Heimnachschaun der unterschiedlichen Prüfinstitutionen und -instanzen koordiniert und die Ergebnisse vernetzt kommuniziert werden. Bei nachgewiesenen Mängeln sind nicht nur deutlich höhere Geldbußen zu verhängen, sondern es muss auch das gelebte Recht des Bezirks bleiben, seine Leistungen gegenüber dem Träger einzustellen. Die Fürsorgepflicht gegenüber den Heimbewohnern erfordert zudem eine transparente Wirtschaftlichkeitsprüfung, insbesondere durch Offenlegung des Personalbestands und der Bilanzen der Heimträger.

### **Pflege**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht im steten Auf- und Ausbau eines flächendeckenden und zukunftsfähigen Angebots von leistungsfähigen und bedarfsgerechten ambulan-

## **GESUNDHEIT UND SOZIALES**

ten und stationären Pflegeeinrichtungen eine der großen Herausforderungen für den Bezirk. Das Ziel muss die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der pflegebedürftigen Menschen sein. Gute Pflege ist mehr als „satt und sauber“, gute Pflege bedeutet auch Teilhabe am öffentlichen Leben. Die Einweisung in ein Pflegeheim darf keine selbstverständliche Sackgasse sein. Deshalb sind Bestrebungen zu begrüßen, die darauf abzielen, die Selbstständigkeit der Heimbewohner zu fördern, sodass eine gesicherte Pflege mit ambulanten Versorgungsstrukturen und/oder Familienpflege oder Pflegenetzwerke wieder selbstbestimmt genutzt werden können. Modelle, die einen solchen Wechsel bei sozialpädagogischer Begleitung „auf Probe“ ermöglichen, sind hierfür besonders geeignet. Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung bedeuten allerdings auch, dass die ergänzende Nutzung palliativer Versorgungsstrukturen wieder in die Entscheidung der Betroffenen zurückkehren muss. Der Bezirk muss bei der Genehmigung neuer Pflegesätze – neben einer kontinuierlichen Qualitätskontrolle des Angebotes (Umfang und Ausstattung sowie Qualität der Personalbesetzung) und einer transparenten Kalkulation – die aktivierenden wie die erhaltenden Ziele der Pflege und deren Erreichung kontrollieren. Bei Schlechtleistung muss der Bezirk von seinem Recht der Rückforderung von Zuschüssen Gebrauch machen. Zugleich stellt die Erhebung solcher Daten eine gute Grundlage für die Bezirke dar, durch unabhängige Beratung in Pflegestützpunkten die nötige Transparenz in dieser komplexen Marktsituation für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen deutlich zu verbessern. Zur Informationsgewinnung können des Weiteren ein professionelles Beschwerdemanagement in der Beschwerdestelle und wissenschaftlich begleitete Studien im Case Management genutzt werden. Der Freistaat muss aufgefordert bleiben, über eine ständige Überprüfung der Finanzausgleichsmittel den Bezirken die notwendig gewordenen Pflegekosten zur Verfügung zu stellen.

### **Hospize**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht in der Unterstützung der Hospizidee eine grundsätzliche Aufgabe des Bezirks. Darüber hinaus will die Piratenpartei Oberbayern darauf hinwirken, dass die Sicherstellung einer flächendeckenden Hospizversorgung in den Rang einer Pflichtaufgabe gehoben wird. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Hospize nicht nur in Großstädten, sondern auch in der Region fachlich und finanziell unterstützt werden. Als wichtigster Schritt in diese Richtung ist die zusätzliche Errichtung eines eigenen Kinderhospizes in der Hand des Bezirks anzustreben, dessen Personal nach dem Tod eines Kindes auch die Nachsorge der Angehörigen übernimmt.

### **Menschen mit Behinderungen**

Ein Leben mit Behinderung ist heute kein Anlass mehr für Mitleid und fürsorgende Bevormundung, sondern eine Herausforderung an die Gesellschaft, eine selbstbestimmte Teilhabe sicherzustellen - eine Forderung, die auch in der bayerischen Verfassung steht. Oberster Grundsatz im Umgang mit Behinderungen ist deshalb für die Piratenpartei Oberbayern die größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenständigkeit aller.

Mit dem Instrument der ambulanten Eingliederungshilfe hat der Bezirk seit einiger Zeit

die grundsätzliche Möglichkeit, für den Bezirk flächendeckend angemessene Versorgungsstrukturen zu schaffen. Doch die Versorgungslage im Bezirk ist noch immer ungleich, so ist sie insbesondere in München deutlich besser als im ländlichen Raum. Dafür gibt es viele Gründe: Immer mehr Menschen benötigen eine spezielle Betreuung auf Grund einer drohenden oder bestehenden Behinderung. Auf die hochbetagten Menschen mit Behinderungen, deren Zahl stetig zunimmt, ist nicht jede Gemeinde gleichermaßen vorbereitet. Und auch der Ausbau integrativer Kindertagesstätten ist durch die wenig gelungene Neuregelung des Bayerischen Kindertagesstätten und Kinderbildungsgesetzes ins Stocken gekommen. Dies ist fatal, denn intensive Förderung von Anfang an ermöglicht einen besseren Start in ein selbstständiges Leben – auch für jene Kinder, die ohne bereits diagnostiziertem Bedarf von einer heilpädagogischen Betreuung in integrativen Gruppen profitieren.

Aus Sicht der Piratenpartei Oberbayern muss dem Erhalt der notwendigen individuellen Hilfen, dem Ausbau und der Vernetzung der früh- und rechtzeitigen ambulanten Betreuung deshalb vor allem in der Fläche und primär für Kinder mit Behinderung Vorrang eingeräumt werden. Hinzu treten Fördermaßnahmen, die der Stärkung der Selbsthilfe dienen, z. B. durch den Aufbau von Selbsthilfegruppen, aber auch durch Hilfestellungen in jenen Fällen, in denen sich der Betroffene für die Leistungsform des persönlichen Budgets (nach SGB IX) entscheidet. Auch dies ist ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe am Leben.

Wir fordern eine bessere Betreuung und Förderung von Jugendlichen mit Behinderung, um deren berufliche Chancen zu verbessern. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass bis heute nur ein geringer Anteil der Jugendlichen mit Behinderung einen Arbeitsplatz am 1. Arbeitsmarkt findet, der ihnen Selbstbestätigung und eigenes Einkommen bietet. Die Anstrengungen, Kinder und Jugendliche mit Behinderung in bestimmten, leichteren Fällen in die integrative Erziehung einzubinden, müssen wesentlich verstärkt werden. Nur eine Ausbildung auf gleicher qualitativer Ebene mit Jugendlichen ohne Behinderung sichert letztlich die Chancen Jugendlicher mit Behinderung am Arbeitsmarkt.

### **Einsatz barrierefreier IT-Technologie in der Bezirksregierung**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, dass die Bezirksregierung eine Beratungsstelle mit der Ausrichtung für Förderung barrierefreier IT Technologie (Webseiten, Programme, ...) einrichtet. Die Förderung barrierefreier IT-Technologie soll sich auf mehrere Vorgehensweisen stützen:

- direkte Beratung bei der Planung, Konzeption und Umsetzung.
- Kurs- und Informationsangebote erstellen und diese über Anbieter wie z.B. die Volkshochschulen flächendeckend kostenlos für Interessierte sowie alle Auszubildenden in IT-Berufen anbieten.
- Etablierung eines „Netzwerkes für IT-Barrierefreiheit“, in dem Verbände, IT-Industrie und Inhaltsanbieter aufeinandertreffen können um Barrierefreiheit technisch weiterzuentwickeln oder die Usability weiter zu verbessern. Die Angebote dieser

## **GESUNDHEIT UND SOZIALES**

Beratungsstelle sollen von jedem im Bezirk ansässigen Unternehmen, den Behörden, gemeldeten Privatpersonen und eingetragenen Organisationen unentgeltlich in Anspruch genommen werden können.

### **Integrative Wohnformen**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich für innovative Wohn- und Pflegekonzepte ein, die die weitere soziale Inklusion von Behinderten fördern. Auch wenn es weiterhin teilweise intensiven Betreuungsbedarf in Spezialeinrichtungen geben wird, sollte der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung in der Umsetzung integrativer Lebens- und Wohnmodelle für behinderte und nichtbehinderte, junge und alte, wie auch kranke und gesunde Menschen liegen. Leitidee ist das selbstständige Wohnen, das durch flankierende Hilfestellungen und, wo nötig, Pflege eine höhere Lebensqualität – nicht nur der Betroffenen – ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit bedürfen jene Betroffene, die bereits ein Leben in Wohnheimen verbracht, oder umfangreiche Unterstützung zu Hause als auch am Arbeitsplatz in Tagesstätten, Werkstätten oder Integrationsbetrieben erhalten haben und nun ins Rentenalter kommen. Auf die pflegeintensive Betreuung dieser Personengruppen ist unser Bezirk bislang noch nicht ausreichend vorbereitet, um deren Wohn- und Sozialumfeld im Alter zu erhalten.

### **Überörtliche Sozialhilfe**

Als überörtlicher Sozialhilfeträger ist der Bezirk Oberbayern zuständig für Hilfeleistungen in besonderen Lebenslagen, nämlich der Hilfe zur Pflege und Eingliederung für Menschen mit Behinderung. Diese Hilfe, die nicht mit der Hilfe zum Lebensunterhalt verwechselt werden darf, besteht in der teilweisen oder vollständigen Übernahme der Kosten der Hilfsmaßnahmen. Hier kommt es nach Antragstellung (meist im Pflegefall) noch immer oft zu Verzögerungen, die nicht nur finanziell, sondern auch emotional eine große Belastung für die Betroffenen darstellen. Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, dass diese Sozialhilfe in allen Notfällen rasch, zuverlässig und möglichst unbürokratisch zur Verfügung gestellt wird. Des Weiteren muss dafür Sorge getragen werden, dass vor allem die Anfangsphase einer plötzlichen Abhängigkeit so milde wie möglich gestaltet wird. Dies ist durch bessere Ausbildung und vermehrte psychologische Hilfsangebote für das Pflegepersonal zu gewährleisten.

### **Suchtarbeit und Drogenpolitik**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht in der auf absolute Drogenabstinenz aufgebauten Politik der Staatsregierung als auch der Mehrheit des Bezirkstags einen nur ideologisch erklärbaren Grund für das Fehlen einer vernünftigen Suchtpolitik in Oberbayern. Dies gilt umso mehr, da Nikotin-, Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit nicht in einem angemessenem Rahmen miteinbezogen werden. Eine zeitgemäße Drogenpolitik wendet sich gegen den Missbrauch von Suchtmitteln, nicht aber gegen die Abhängigen.

Höchste Priorität besitzt dabei die Suchtprävention. Die Piratenpartei Oberbayern sieht hierbei eine Federführung des Bezirks geboten, welche die Suchtarbeit der Landkreise und Städte verzahnt und koordiniert.

Suchtkranke Menschen bedürfen der konkreten Unterstützung. Entzugs- und Entgiftungsplätze sowie flächendeckend gemeindenaher Therapieeinrichtungen, welche die kontrollierte Gabe von Suchtmitteln oder deren Substitute einschließt, sind in Krisensituationen Überlebensangebote. Der politische Mut gebietet, dass diese Einrichtungen bei Bedarf vor Ort zur Verfügung gestellt werden – im Zweifelsfall also auch innerstädtisch und nicht auf eine möglichst geringe Anwohnerzahl „optimiert“. Dies umfasst ebenfalls die anfallende zusätzliche Kinderbetreuung, die eine Suchtkrise auslösen kann.

Ohne ambulante Vor- und Nachsorge eines solchen Therapieangebots ist dieses letztlich jedoch annähernd sinnlos. Die Nachsorge für Suchtabhängige benötigt psychosoziale Begleitung, im Idealfall geschieht dies durch Suchtberatungsstellen, Rückzugsräume, Wohngemeinschaften und Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Auch dies ist ein Aufgabenfeld des Bezirks, das er mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung entweder anbieten oder zumindest begleiten muss.

### **Kliniken**

Das Isar-Amper-Klinikum, die Lech-Mangfall-Kliniken, das Inn-Salzach-Klinikum, das Kinderzentrum und die Heckscher-Klinik befinden sich nach einer Strukturreform unter dem Dach eines Kommunalunternehmens in der vollständigen Hand des Bezirks. Diese Strukturreform war zur Wahrung der Versorgungsqualität zwar richtig, doch hat die Größe der Strukturen auch ihren Preis, der in der fehlenden Flächendeckung besteht.

Die Piratenpartei Oberbayern unterstützt daher den laufenden Ansatz, die psychiatrischen Großkliniken Inn-Salzach und Isar-Amper-Kliniken zu verkleinern und an den somatischen Krankenhäusern in den Landkreisen kleinere Einheiten (Freilassing, Fürstentfeldbruck, München etc.) zu errichten. Dezentralisierung und ein bedarfsgerechter Ausbau können die Versorgung wohnortnah sicherstellen, Angehörige in die Behandlung miteinbeziehen und dadurch Patienten ihr soziales Umfeld erhalten.

### **Selbsthilfeförderung**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich für den Ausbau eines flächendeckenden und zukunftsfähigen Angebots an Selbsthilfekontaktstellen ein. Ziel muss auch hier die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen und deren Angehörigen sein, insbesondere bei psychischen Erkrankungen. Die Förderung der Selbsthilfegruppen im Rahmen der Gesundheitsselbsthilfe durch den Bezirk Oberbayern ist dabei eine Notwendigkeit. Die Selbsthilfe ermöglicht Hilfe und Beratung für Betroffene und Angehörige. Durch persönliche und telefonische Gespräche wird schnell, umfangreich und kompetent geholfen. Sie fördert den Erfahrungsaustausch durch Organisation und Realisation von Informationsabenden und speziell zugeschnittenen Fachvorträgen für Betroffene und Angehörige. Selbsthilfe gibt Unterstützung, Betreuung und Vermittlung. Betroffene und Angehörige werden bei der Problembewältigung in medizinischer, psychologischer, sozialer, beruflicher und rechtlicher Hinsicht unterstützt und betreut (u.a. durch Vermittlung geeigneter weiterer Ansprechpartner).

# BILDUNG UND JUGEND

## **Bildungspolitik**

Der Bezirk Oberbayern ist gastschulbeitragsfreier Träger von Berufsschulen, Förderschulen und Bildungszentren. Darüber hinaus fördert er private Bildungseinrichtungen. Mit seinen Fachschulen und einem Berufsbildungswerk leistet der Bezirk einen wichtigen Beitrag für eine gute Ausbildung junger Menschen in Oberbayern. Zudem ist der Bezirk die Ebene, auf der eine breite Vielfalt der Ausbildungsberufe sichergestellt werden kann, da die räumliche Nähe konkrete Lösungen ermöglicht. Dies kann der Kern einer möglichen Berufsschulreform werden. Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, Berufsschulen im Bezirk sprengelfrei zu gestalten und den Bezirken zu unterstellen.

## **Jugendarbeit**

Die enormen Kürzungen des Freistaats haben wichtigen Bereichen der Jugendarbeit schwer geschadet. Hier kann der Bezirk nur in eingeschränktem Maße ausgleichend wirken. Durch die Schaffung des Oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramms und die Ausgestaltung eines Grundlagenvertrags sind jedoch bereits wichtige Schritte zu einer Jugendarbeit des Bezirks erfolgt, der Rahmen gebend als auch würdigend - etwa durch Förderpreise - tätig sein sollte.

Die Piratenpartei Oberbayern sieht den Schwerpunkt dieser würdigenden Rahmgebung in der konsequenten Förderung der verbandlichen und freien Jugendarbeit, wie sie beispielsweise im Pop- und Rockzentrum Oberbayern (P.R.O.), aber auch auf den Jugendkulturtagen des Bezirks passiert.

Jugendarbeit geht allerdings über kulturelle Aspekte hinaus und schließt weitere wichtige Bereiche wie die Medienarbeit, die Berufsberatung oder die Aufklärungsarbeit bis hin zur Begabtenförderung mit ein. Hier muss eine bezirkspolitische Jugendarbeit die verschiedenen Trägervereine und die regionalen Initiativen stärker als bisher verzahnen. Dies geschieht auch weiterhin am besten im Bezirksjugendring Oberbayern.

Darüber hinaus sieht die Piratenpartei Oberbayern es als zentralen Punkt an, dass Jugendarbeit sich nicht nur auf München konzentriert, sondern ganz bewusst auch im ländlichen Raum vollzogen wird.





# KULTUR

## Kulturförderung

Die Kulturarbeit ist neben der sozialen Sicherung und der psychiatrischen Gesundheitsversorgung die dritte Hauptaufgabe der Bezirke. Doch was als Kultur und was davon wiederum als förderungswürdig gilt, ist regelmäßig Anlass zu Diskussionen im Bezirkstag.

Für die Piratenpartei Oberbayern geht Kultur weit über das hinaus, was anerkannte, sogenannte „Künstler“ machen. Kultur ist immanenter Bestandteil des Menschseins. Wir fordern alle Menschen auf, sich selbst als kulturschaffend und damit als „Künstler“ zu begreifen. Entsprechend sollte der Bezirk sich bemühen, Kunst und Kultur für möglichst viele Menschen erfahrbar zu machen, aktiv wie passiv, unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft.

Das hohe integrative Potenzial der Kunst muss genutzt werden, um die soziale Inklusion von Migranten, Menschen mit Behinderungen und psychisch Kranken zu gewährleisten. Wir sehen eine Kernaufgabe des Bezirks darin, flächendeckend Einrichtungen oder Initiativen, die sich dem Ziel der Anerkennung des Anderen und Andersartigen widmen, zu würdigen und zu stärken. Hierzu können unter anderem die Vergabe des Oberbayerischen Kulturpreises oder vergleichbarer Förderpreise dienen. Angesichts der enormen Bedeutung ist der Etat (~1% des Gesamtetats), den der Bezirk für die Kulturpolitik zur Verfügung stellt, erschreckend gering und unbedingt auszubauen. Dies gilt umso mehr, als die Ausgleichsfunktion den Bezirk dazu verpflichtet, nichtstädtische Regionen zu fördern und es aktuell für viele kulturellen Bereiche außerhalb der Städte ohnehin nur wenige Angebote gibt.

Die Bereitstellung von Spielstätten für Musik, Theater oder Tanz sowie von Arbeitsräumen für bildende Künstler sorgt nach Ansicht der Piratenpartei Oberbayern in der Regel effizienter für eine sinnvolle Hilfe als fertige Veranstaltungen, wie sie momentan vom Kulturreferat des Bezirks durchgeführt werden. Die Erfahrungen bei der Umgestaltung des Schönleutnerhofs sind vor diesem Hintergrund noch auszuwerten.

## Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege

Die Denkmalpflege ist neben der Heimatpflege eine der beiden bezirklichen Pflichtaufgaben, die unter anderem darin besteht, überregional bedeutsame Bauten vor dem Verfall zu retten und zu erhalten.

Für die Piratenpartei Oberbayern steht dabei der Grundsatz im Vordergrund, dass bedeutsame Objekte alter Baukultur nach Möglichkeit vor Ort zu erhalten sind. Dies bedeutet, sie nicht nur zu restaurieren, sondern auch wieder mit Leben zu erfüllen. Die Mittel für die Denkmalpflege sind daher zu erhöhen und durch weitere Mittel für Bauten

im ländlichen Raum zu ergänzen, welche die Begleitmaßnahmen zur Denkmalerhaltung flankieren sollen. Die bisher so häufige Umsetzung von historischen Gebäuden - etwa in Freilichtmuseen - muss künftig zur Ausnahme werden. Darüber hinaus fordert die Piratenpartei Oberbayern die Einbindung der Bodendenkmalpflege in den Denkmalpflegebegriff der bezirklichen Pflichtenaufgaben.

### **Heimat- und Brauchtumspflege**

Heimat und Brauchtum sind vielschichtige Begriffe. Für die Piratenpartei Oberbayern bedeutet Heimat- und Brauchtumspflege nicht nur die Förderung von Traditionen wie lokalen Theater- oder Tanzgruppen, Trachtenvereinen oder Volksmusikensembles, sondern vor allem die Suche nach Möglichkeiten, wie diese Traditionen auch in Zukunft gelebt werden können. Dabei ist Oberbayern – jenseits aller Klischees – nicht erst seit der Nachkriegszeit ein kulturgeschichtlich höchst heterogener Raum, der Bergarbeitertraditionen genauso kennt wie die Brauchtümer und Essgewohnheiten seiner Einwanderungswellen, altes Handwerk wie lokale Architektur, Heimatschriftsteller als auch fast verschwundene Nutzpflanzen und -tiere.

Erst wenn diese Vielfalt als Wissen, Kennen, Können und Wertschätzen bewahrt wird, steht es jedem frei, sich aus diesem Schatz zur Gestaltung des eigenen Lebens zu bedienen. Dafür kann und soll der Bezirk auf die Unterstützung der zahlreichen privaten Initiativen und Vereine zurückgreifen.

Die exzellente Arbeit der Fachberater für Heimatpflege, Volksmusik und Tracht wird dabei von der Piratenpartei Oberbayern ausdrücklich gewürdigt.

### **Museumsdörfer**

Die Piratenpartei Oberbayern erkennt in den bezirkseigenen und -beteiligten Museumsdörfern einen bedeutenden Erfolg der bayerischen Bezirke, die eigene Heimat und ihre Geschichte anschaulich und identitätsstiftend zu vermitteln. Zur Stärkung dieses Gedankens befürwortet die Piratenpartei die Errichtung zweier neuer, verkehrsgünstig gelegener Museen in Oberbayern, welche die beiden wesentlichen Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung der Region darstellen können: ein agrargeschichtliches Museum und ein Industriemuseum, das auf die industriellen Anfänge in Oberbayern verweist. In beiden Fällen ist es wichtig, sich bereits im Vorfeld um eine fachgerechte Betreuung zu bemühen, die ein attraktives Veranstaltungsprogramm schon im Aufbau sicherstellen kann. Die Erfahrungen aus dem Projekt „Schafhof“ sind dabei zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung der Museumsdörfer empfiehlt die Piratenpartei das umliegende, dazugehörige Land zu kultivieren und die derart gewonnenen Produkte in den Museenläden oder regional zu verkaufen. Die so gewonnenen Arbeitsplätze könnten anteilig Menschen mit Behinderung angeboten werden.

### **Öffnung des Volksmusikarchives für Oberbayern**

Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, das Volksmusikarchiv für Oberbayern,

## **KULTUR**

vollständig zu öffnen und alle Inhalte, soweit dies rechtlich zulässig ist, im Internet verfügbar zu machen. Dies soll unter einer Lizenz geschehen, die es Schulen, Universitäten, Trachten- und Musikvereinen und jedem an Kulturgut interessiertem Bürger ermöglicht, diese überlieferten Kulturgüter erzieherisch, schulisch, wissenschaftlich oder kreativ weiter zu nutzen. Bestandteile des Archives, bei denen dies rechtlich nicht möglich ist, sollen erfasst werden und öffentlich aufgelistet sein.

### **Stärkere Bürgerbeteiligung Galerie Bezirk Oberbayern**

Die Galerie Bezirk Oberbayern soll Künstlern aus Oberbayern eine Ausstellungsfläche bieten. Die Piratenpartei Oberbayern ist dafür, die auszustellenden Künstler durch die interessierte Öffentlichkeit online auswählen zu lassen. Hierfür soll die bestehende Webpräsenz des Bezirks Oberbayern so erweitert werden, dass Künstler sich online bewerben und Bilder ihrer Arbeiten einstellen können. Zudem kann auf externe Webseiten verwiesen werden. Besucher der Webseite können für ihre präferierten Künstler abstimmen und so die nächste Ausstellung bestimmen.



# UMWELT

## **Natur- und Landschaftspflege**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht im Ankauf schützenswerter Flächen - zum Beispiel Feuchtbiotope, Trockenwiesen und Hochmoore - und deren Betreuung gelebte Natur- und Landschaftspflege. Da seit der Reform der Naturschutzgesetze in Bayern die Bezirke nicht mehr für die Ausweisung von Naturschutzgebieten zuständig sind, sieht die Piratenpartei Oberbayern nun in der Schaffung von Naturparks ein geeignetes Instrument, um Arten- und Biotopschutz sicherzustellen. Des Weiteren kann der Bezirk Landkreise unterstützen und auf eine angemessene Bürgerbeteiligung, die alle Interessen berücksichtigt, drängen. Analog zu Naturparks sind auch regionale Kulturlandschaften ein schützenswertes Gut. Hierzu sind insbesondere die Fachberatungen des Bezirks, etwa für die Fischerei oder die Imkerei, zu berücksichtigen.

# WIRTSCHAFT UND FINANZEN

## **Verkehrspolitik**

Zu den Aufgaben, die nach Ansicht der Piratenpartei Oberbayern der Bezirk effektiver gestalten könnte als einzelne Kommunen oder das Land, gehört der Landkreis übergreifende, öffentliche Personennahverkehr. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs liegt in Oberbayern vieles im Argen, was zu unnötigen zusätzlichen Belastungen des Straßennetzes führt. Hier sollte der Bezirk die Koordination übernehmen.

Zudem sollte es längst eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Bezirke auf die durchgängige Barrierefreiheit der ÖPNV-Verbindungen achten. Die Piratenpartei Oberbayern fordert die Prüfung, ob die in Oberbayern liegenden Staatsstraßen in Bezirksstraßen umgewandelt und so in die Verantwortung der Bezirke überführt werden können.

## **Zuständigkeit für Gewässer zweiter Ordnung**

Kleine Flüsse und große Bäche, die sogenannten „Gewässer 2. Ordnung“, unterliegen der Obhut der Bezirke. Sie sind für den Hochwasserschutz und die Pflege dieser Gewässer verantwortlich, doch die konkrete Zuständigkeit bei der Pflege dieser Gewässer liegt inzwischen bei den Bezirksregierungen. Die Piratenpartei Oberbayern setzt sich dafür ein, dass für den „Schutz des Wassers vor dem Menschen“ als auch dem „Schutz des Menschen vor dem Wasser“ wieder ausschließlich die Bezirke zuständig sein müssen, denn nur sie können den notwendigen Interessenausgleich zwischen privater und wirtschaftlicher Gewässernutzung einerseits und Naturschutz andererseits demokratisch legitimiert herstellen.

## **Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung**

Die Piratenpartei Oberbayern sieht in Aufgaben, die nicht zuletzt wirtschaftlich am besten im Verbund gelöst werden können, grundsätzlich weitere sinnvolle Aufgaben für den Bezirk. Es sollte bei solchen Aufgaben stets zu prüfen sein, ob der Bezirk verantwortlich oder zumindest unterstützend eine koordinierende Rolle übernehmen kann. Hierzu zählen beispielsweise die überregionale Fremdenverkehrsförderung und die allgemeine regionale Wirtschaftsförderung, aber auch der Bereich der Abfallwirtschaft.

# WAHLKREISLISTE

PLATZ	NAME	STIMMKREIS	ALTER	BERUF ODER STAND
1	Martina Wenta	129	27	Justizwachtmeisterin
2	Dr. Eva Gabriela Berg	102	53	Tierärztin
3	Achim Mönch	104	45	Servicemanager IT
4	Manfred Plechaty	123	55	Diplom-Ingenieur
5	Marion Ellen	103	44	Industriekauffrau
6	Stefan Bacher	114	43	Ingenieur
7	Peter Simon Bauer	105	48	Rettungsassistent
8	Josef Fink	128	63	Pensionist
9	Mauri Fischbein	108	57	Immobilienwirt
10	Herbert Flammensbeck	106	59	Rentner
11	Thorsten Forkel	116	36	Objektleiter
12	Alexander Fox	115	30	IT-Consultant
13	Florian Golchert	118	28	Ingenieur
14	Jochen Hiebendahl	121	52	Angestellter
15	Ralph Hunderlach	125	39	Programmierer
16	Dr. Olaf Konstantin Krueger	127	49	Journalist
17	Wolfgang Laske	112	52	Handwerksmeister
18	Alexander Neumeyer	130	56	Diplom-Ökonom
19	Franz Rauchfuss	110	35	Diplom-Betriebswirt (FH)
20	Ignaz Schiele	119	48	Bauhofmitarbeiter, Webmaster, Onlinehändler
21	Christoph Schmid	111	33	Studienrat
22	Harald Schmid	109	50	Unternehmer
23	Thomas Schmidt-Behounek	113	47	Diplomingenieur
24	Daniel Seuffert	122	47	Unternehmensberater
25	Alp Sezen	107	35	Betriebswirt FA
26	Herbert Stubner	101	66	Controller (a.D.)
27	Klaus Toll	124	53	Versicherungsfachmann
28	Ronald Trzoska	117	35	Informatikkaufmann
29	Thomas G. Weigert	126	46	Industriemeister (Chemie)
30	Lars Witte	120	23	Softwareentwickler

[WWW.PIRATENPARTEI-OBERBAYERN.DE](http://WWW.PIRATENPARTEI-OBERBAYERN.DE)